



# Europas Transformation – für emanzipatorische Fortschritte

Redaktionsgruppe des Jahrbuchs

Wir sind uns einig, dass das Jahr 2020 einschneidende Entwicklungen gebracht hat. Deren Analyse in Europa, aber auch weltweit, bringt Licht in Gesellschaften, die Laboratorien mit vielen Experimenten gleichen, die von Krisen geschüttelt werden, mit unterschiedlichen Strategien dagegen angehen und von markant divergierenden Auswirkungen betroffen sind. Obwohl das neuartige Coronavirus über allem schwebt, dürfen die vielen weiteren strukturellen Probleme nicht übergangen werden. Dazu nehmen die hier versammelten Beiträge Stellung. Sie reihen sich wohl nicht wie Perlen auf einer Kette ein. Doch sie ermöglichen einen guten Blick auf aktuelle Situationen in Europa. Diese sind in geopolitische Konstellationen eingebettet und werden von globalen, nationalen und regionalen Problemlagen bestimmt. In Zeiten grosser Krisen und Epochenumbrüchen sind intensive Diskussionen in der Linken zwingend und helfen, die Sicht zu klären. Die verschiedenen Autoren und Autorinnen dieses Jahrbuchs erläutern ihre Erkenntnisse, Standpunkte und absehbare Perspektiven. In diesem abschliessenden Beitrag werden Verbindungslinien aufgezeigt und der Versuch unternommen, eine Klammer zu schaffen, die das Jahrbuch abrundet. Selbstverständlich konnten bei weitem nicht alle Aspekte berücksichtigt werden, doch zentrale Elemente dürften vorhanden sein.

Corona- und Wirtschaftskrise sind die gravierenden Weltereignisse dieses Jahres. Gleichzeitig ergibt sich aus diesen Krisen ein besseres Verständnis der aktuellen Verhältnisse. Werden noch die klimatischen Problematiken hinzugefügt, muss konstatiert werden, dass sich die Menschheit heute zwischen Krisen und Katastrophen bewegt. Weder Europa noch die Schweiz bleiben verschont, obwohl die Möglichkeiten für Gegenstrategien zurzeit noch einigermassen intakt erscheinen. Die bereits inakzeptabel grosse Ungleichheit dürfte zunehmen, politische Verwerfungen mehren sich, gesellschaftliches Auseinanderdriften, Polarisierungen beziehungsweise Spaltungen akzentuieren sich und skandalöse Erfahrungen, beispielsweise hinsichtlich Migration oder dringend benötigter Solidarität, häufen sich. Zugenommen hat indessen der Reformeifer. Fraglich bleibt, ob er genügt, welche Ergebnisse er bringt. Und es ist zu befürchten, dass vieles beim Alten bleibt.

Die sozialen Auseinandersetzungen in Europa werden sich intensivie-



ren, und es wird sich weisen, ob progressive Kräfte zulegen und Reformen durchgesetzt werden können, oder ob soziale Regressionen sich ausdehnen und nationalistische sowie autoritäre Strömungen mehr Einfluss gewinnen. Vieles aber wird in nächster Zeit von der globalen Pandemie überschattet sein, denn unterdessen läuft bereits die zweite Infektionswelle, und in einigen Staaten unseres Planeten ist der Höhepunkt der ersten immer noch nicht erreicht. Entscheidend wird daher sein, ob und ab wann nützliche und sichere Impfstoffe eingesetzt werden können. Diese sind sinnvollerweise als öffentliche Güter zu deklarieren und weltweit zu den Produktionskosten oder gratis abzugeben. Die ökonomischen Folgen sind allerdings bereits jetzt verheerend, denn mit der Covid-19-Pandemie haben sich offene und schwelende Krisenlagen erheblich verschärft. Dies gilt für Europa, aber auch weltweit, und im Globalen Süden müssen die Konsequenzen als desaströs eingeschätzt werden.

Zu Beginn der Corona-Krise war die EU heillos überfordert, und Italien sowie Spanien erfuhren kaum Solidarität. Dann führten die rasant wachsenden Fallzahlen mit vielen Toten zu massiven Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten, und die sanitäre Krise erweiterte sich zu einer sozialen und ökonomischen. Überraschend schnell war allgemein akzeptiert, dass die Staaten und die transnationalen Institutionen riesige Geldsummen zur Verfügung stellen müssen, damit die Krisen bewältigt werden können. Sich zusammenraufen war angesagt. Schliesslich kam es im Juli in der EU nach zähem Ringen zu einem Durchbruch: Ein Wiederaufbaufonds in der Höhe von 750 Milliarden Euro wurde beschlossen. Auch in der Schweiz wurden die notwendigen Massnahmen zur Absicherung der Wirtschaft ergriffen sowie neben Kurzarbeit und Arbeitslosenversicherung auch Unterstützung für Selbstständigerwerbende gewährt. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die monetären Probleme von Menschen mit tiefem und mittlerem Einkommen umgehend und unbürokratisch gelöst wurden. Bis zugesicherte und dringend benötigte Zahlungen eintrafen, dauerte es häufig eine geraume Zeit. Zudem überlebt auch in Europa ein grösserer Kreis von Einzelpersonen und Familien angesichts höchst schwieriger Umstände denkbar schlecht. Im Vergleich zu den unerträglichen Tragödien im Globalen Süden sind wir in Europa aber weiterhin privilegiert, doch unverkennbar breiten sich südliche Situationen vermehrt auch im Norden aus.

## Politik

In den USA stehen richtungsweisende Präsidentschaftswahlen an. Es ist zu hoffen, dass Trumps Amtszeit lediglich ein verhängnisvolles und ab-



strus Intermezzo darstellt und es ihm weder gelingt, das Wahldatum zu verschieben oder die Wahlen zu manipulieren, noch eine Mehrheit der Elektor\*innen zu gewinnen. Von daher wird beim Erscheinen dieses Jahrbuches bereits einer der wichtigsten politischen Entscheide auf Weltebene gefallen sein. Von zentraler Bedeutung ist gleichwohl, dass allenfalls auf Jahrzehnte hinaus eine klare konservative und republikanische Mehrheit im Obersten Gericht bestehen wird.

In der EU beginnt eine grosse zweijährige Zukunftsdebatte. Dabei wird einmal mehr viel diskutiert, jedoch zu wenig umgesetzt, weil unterschiedlichste Interessen vorhanden sind und sich keine hegemoniale Position abzeichnet. Die Rahmenbedingungen für die nächste Zeit dürften neben der Pandemie einerseits die konkrete Umsetzung des Brexits, andererseits der Umgang mit rechtspopulistischen und autoritären Strömungen und Regierungen bilden. Vor allem aber geht es um dringend notwendige Reformen, wobei keineswegs absehbar ist, dass die bereits länger dauernde politische Stagnation definitiv überwunden werden kann.

Die Wahlen in Europa in diesem Jahr waren zudem für die linken Parteien eher enttäuschend: In Irland etwa konnte die unterdessen sozialdemokratisch ausgerichtete Sinn-Féin trotz Wahlsieg keine Regierung bilden, und in Mitteleuropa setzten sich konservative Kräfte durch. Immerhin erzielten die Grünen bei den Kommunalwahlen in Frankreich sensationelle Zuwächse, und in Italien wurde der Rechtspopulist Salvini ausgebremst.

In der Migrationspolitik scheint sich kaum etwas zu bewegen, die teuer erkaufte Abschottung Europas dürfte bestehen bleiben und zahllose Menschenrechtsverletzungen sowie weiterhin viele Todesfälle bringen. Die Rolle der Sozialdemokratie mit ihren Verbindungen ins linke Lager und zu den sozialen Bewegungen wird auf die Probe gestellt. Ob die linken Parteien diesen Anforderungen gewachsen sind, bezweifeln wir.

Zusammenfassend sind wir der Ansicht, dass die politischen Verhältnisse in Europa in den nächsten Jahren instabil bleiben. Wir befürchten, dass der Rechtspopulismus einige weitere Erfolge erzielen wird. Weil die Einigung in Europa aber immer durch Krisen vorangekommen ist, könnte dies einmal mehr der Fall sein. Höchstwahrscheinlich werden es leider nur Trippelschritte sein und auch einige Rückschläge müssen in Kauf genommen werden.

## Ökonomie

Die weltweiten ökonomischen Volatilitäten hatten bereits vor der Pandemie bestanden. Doch diese hat zu einer extremen Abwärtskaskade



geführt. Per Mitte 2020 befanden sich die meisten Ökonomien in einer tiefen Rezession, global dürfte das BIP um rund zehn Prozent zurückgegangen sein. Weit überdurchschnittlich getroffen wurden Spanien, Grossbritannien, Italien und Frankreich. Eine Ausnahme bildet China, wo das BIP bereits im zweiten Quartal wieder anstieg; das laufende Jahr wird mit einem kleinen Wachstum enden. Die Länder des Globalen Südens waren jedoch insgesamt mit Kapitalabflüssen um 100 Milliarden Dollar konfrontiert, etwa das Dreifache der letzten beiden Krisen. Die Prognosen für die zweite Hälfte 2020 und für 2021 sehen wieder besser aus. Die Unsicherheiten sind freilich immens, vieles hängt vom Ausmass der zweiten Covid-19-Welle ab. Die Euro-Wirtschaft erlebte im dritten Quartal wieder ein Wachstum, doch für das ganze Jahr 2020 wird mit einem BIP-Rückgang zwischen sieben und zehn Prozent gerechnet. Weltweit dürfte der Einbruch etwas kleiner sein (IWF-Prognose Oktober 20:  $-4.4\%$ ). Für die Schweiz wird für 2020 von einem Rückgang des BIP von etwa vier Prozent ausgegangen, was als relativ glimpflich zu bezeichnen wäre. Für Deutschland gibt es zurzeit ähnliche Prognosen.

Befürchtet wird, dass viele Staaten das Vorkrisenniveau erst ab 2022 oder vielleicht noch später erreichen werden. Von daher wird diese wirtschaftliche und soziale Krise nicht sehr schnell überwunden werden. Die nördlichen EU-Staaten stehen aller Voraussicht nach in Zukunft nochmals deutlich besser da als der südliche Gürtel. Damit dürften sich die bestehenden Disparitäten ausdehnen und Verarmungsprozesse in den meisten Staaten zunehmen. Diese Entwicklung könnte zweifellos verhindert werden, doch es fehlt am politischen Willen, und es stellt sich die Frage, ob es den progressiven sozialen Bewegungen gelingen könnte, eine Trendwende durchzusetzen. Immerhin dürfte in Europa eine Stabilisierung erreicht werden, wobei davon auszugehen ist, dass sie nicht in allen Staaten gleich gut gelingt.

Angesichts der dramatischen Corona-, Wirtschafts- und Klimakrisen fällt es offensichtlich nicht ganz einfach, Prioritäten zu setzen. Wichtig ist es, dafür zu sorgen, dass die Austeritätspolitik der EU, die den unteren Klassen alle Anpassungskosten bei Krisen aufbürdet, definitiv in der Sperrzone der unsinnigen Massnahmen landet. Diese verfehlte Wirtschaftspolitik, die auf der aktuell real verfassten EU basiert und seither in zahlreichen Verträgen verfestigt wurde, hat dazu beigetragen, dass die Folgen der tiefen Krisen (2007–2009 und Eurokrise 2010–2012) immer noch nicht vollständig überwunden sind. Gerade deswegen haben Volatilitäten zugenommen und sind die ökonomischen Zyklen sehr labil geworden.

In der Covid-19-Pandemie hat sich gezeigt, dass die Konditionalität



bei Kreditvergaben nicht vollständig verschwunden, aber doch zurückgedrängt worden ist. Die Linke muss deshalb eine neuerliche Verstärkung von repressiven Auflagen verhindern, wenn die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen und insbesondere jene im Gesundheitswesen bewältigt sind. Zu bedenken gilt es dabei, dass wegen der grossen Fragmentierung und nationalistischer Tendenzen in Europa und wegen partieller Vetopositionen in der EU die Entscheidungsfindung meist sehr schleppend verläuft. Die Marathonsitzungen im Juli über die gemeinsame Aufnahme von Schulden und deren Verteilung sowie die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel für das EU-Budget in den nächsten Jahren belegen dies überdeutlich. Dennoch haben sich einige positive Schritte in die notwendige Richtung ergeben, wobei diese Entwicklung noch nicht gesichert ist. Zudem trägt diese fragile Einigung noch nicht zur Lösung der strukturellen Probleme des Euros bei, sodass es wieder zum Ausbruch einer Eurokrise kommen könnte.

## Ökologie

Die ökologischen Herausforderungen sind gewaltig, das vergangene Jahrzehnt muss diesbezüglich als verlorenes bezeichnet werden. Weitere zehn Jahre ohne nachhaltige ökologische Veränderungen kann sich die Menschheit nicht leisten. Zweifellos sind auch genügend finanzielle Mittel vorhanden, um das Steuer herumzuwerfen.

Senken die Staaten ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht zügig, dürfte es nicht mehr möglich sein, das Klimaziel einer globalen Erwärmung deutlich unter zwei Prozent (im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter) einzuhalten. Wird dieses Ziel den Marktkräften überlassen, wie es der Neoliberalismus und viele Regierungen propagieren, kommt es zu einer fatalen Entwicklung, auch wenn die Investitionen in die fossile Energieproduktion etwas abnehmen und die Anlagestrategien einiger Fonds wegen vorhandener Risiken geändert werden. Der Druck vonseiten der sozialen Bewegungen sowie staatliche Zielsetzungen und Auflagen werden den Ausschlag geben. Für die notwendigen Emissionsreduktionen wird wohl ein Mix an Massnahmen nötig sein, zuvorderst aber müssten hohe Investitionen stehen, die eine möglichst emissionsfreie Stromproduktion, eine vollständige Abkehr von Öl- und Gasheizungen und eine ressourcenschonendere Mobilität sicherstellen.

Sollte sich die Konkurrenz in Europa verschärfen und der Nationalismus zunehmen, dann werden diese Investitionen zu knapp ausfallen. Nötig sind mithin gemeinsame Bestrebungen der europäischen Staaten unter Führung der EU, die von den europäischen Zentralbanken zusammen mit der EZB finanziert werden. Zweifelsfrei werden gut ausge-



stattete europäische Entwicklungsbanken nötig sein, um den Investitionsbedarf für die ökologische Wende mit fortlaufend massiv abnehmendem CO<sub>2</sub>-Budget sicherzustellen. Absehbar ist, dass weiterhin zu zögerlich gehandelt wird, allenfalls werden neue Klimakatastrophen eine Beschleunigung erwirken.

## Staatlichkeit

Die manifesten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen sozialen Bewegungen und Kapitalinteressen werden die staatliche Politik bestimmen. Der Staat darf allerdings nicht funktionalistisch verstanden werden, sondern stellt jeweils eine Verdichtung von politischen und ökonomischen Kräfteverhältnissen dar. Nationalstaaten bilden die aktuelle Form der Staatlichkeit. Zweifellos aber haben sie an Gewicht verloren. Durch die Aufweichung von Kapitalkontrollen und über internationale Verträge mit oft neoliberaler Schlagseite haben sie Macht abgegeben.

In Europa existieren starke konservative Beharrungskräfte, die sich vehement gegen eine übernationale Staatlichkeit wehren. Ein besonderes Augenmerk richtet sich in den EU-Staaten überdies auf Höhe und Verteilung bei den Nettozahlungen beziehungsweise dem Verhältnis von Nettozahlerinnen und Nettoempfängerinnen. Neue erstere sind kaum vorhanden, denkbar ist dennoch, dass sich die EU in den nächsten Jahren doch noch etwas erweitert, auch wenn mit grösster Wahrscheinlichkeit einige Staaten aussen vor bleiben wollen. Aus der Linken kommt eine deutliche und gerechtfertigte Kritik an einer Konsolidierung der EU im gegenwärtigen Zustand. Der Widerstand gegen flankierende Massnahmen zum Schutz der Löhne ist nur eine von zahlreichen Illustrationen dafür, wie die Bürokrat\*innen in Brüssel das demokratische Vakuum nutzen, um Verträge mit neoliberaler Schlagseite möglichst umfassend durchzusetzen. Als äusserst schwierig erweist sich zudem die Herausbildung einer europäischen Nation. Die Unterschiede zwischen den europäischen Ländern sind vielfältig und teilweise massiv – vergleichen wir etwa Lettland, das südliche Portugal und den Grossraum Paris. Zu hoffen ist dennoch, dass sich bei den Bewohner\*innen eine europäische und kosmopolitische Einstellung entwickelt, wie sie bei vielen jungen Leuten bereits sichtbar ist. Dabei müsste allerdings die konkrete transnationale Solidarität und nicht der Individualismus verstärkt in den Vordergrund rücken.

Im Gegensatz dazu sind es heute die global operierenden Multis, die mit ihren Profitinteressen und Strategien auch Europa dominieren und wie Amazon oder Google eine spezifische Form eingeschränkter Hegemonie ausüben. In Krisen beschleunigen sich die Konzentrationspro-



zesse, die Macht der Multis nimmt zu, und es stellt sich die Frage, ob die globalen Konzerne nicht zu zerschlagen wären. Teilweise könnten ihre Aktivitäten dem Service public zugeordnet werden, womit dessen sinnvoller Ausbau beschleunigt würde. Anstehend ist folglich eine neue Staatlichkeit jenseits von Nationalstaaten und Kapitalinteressen, ein föderales, soziales und solidarisches Europa – als flexible Einheit in der Vielfalt.

## Die EU und Europa

Die EU ist ein Staatenbund, der im Rahmen einer gemeinsamen Währung immer weiter zusammenwachsen und möglichst viele europäische Staaten integrieren sollte. Verschiedene Erweiterungen wurden vollzogen, und schliesslich verbanden sich 28 von 47 europäischen Staaten (Eurozone mit 19 Ländern). Herausgebildet hat sich eine markante und wachsende Hierarchisierung mit Deutschland an der Spitze, und nach wie vor ist die Achse Deutschland-Frankreich von zentraler Relevanz. Manchmal wird aber auch darüber diskutiert, welche Staaten in welchen Situationen wieder aus der EU rausgeworfen werden sollten oder welche selber austreten möchten. Überdies wird darauf insistiert, dass verschiedene Geschwindigkeiten bei der ökonomischen Entwicklung zu akzeptieren seien. Dies würde aber wohl kaum zu einer Reduktion der wirtschaftlichen Hierarchisierung führen. Die EU-Spitzen werden sich hüten, diese Diskussionen anzuzünden.

In Teilen der Linken existiert auch die Haltung, dass ein schneller Ausstieg aus der neoliberalen EU angesagt sei. Diese Ansicht teilen wir in keiner Weise. Gerade die erratischen Verhandlungen im Gefolge der Brexit-Abstimmung zeugen von den grossen Problemen, der extremen Unsicherheit und dem schwierigen Versuch, möglichst grosse Vorteile für das eigene Land herauszuholen. Von einer allseitigen Kooperation und von Lösungen, die die europäischen Staaten besser vereinigen, sind wir meilenweit entfernt. Mit dem Brexit hat die EU ganz offensichtlich einen Rückschlag erlitten. Wir schätzen diesen Austritt zurzeit jedoch nicht als Auftakt eines Zerfalls ein. Die mit dem Brexit verbundenen Probleme lassen sich einigermaßen geordnet überwinden, obwohl mit Johnson ein unberechenbarer, sprunghafter und gefährlicher Politiker das Geschehen bestimmen will.

Nicht erst der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU, sondern die vielen Misserfolge bei der Lösung struktureller Probleme haben dafür gesorgt, dass ein imperiales europäisches Projekt gescheitert ist – und das ist gut so. Besonders virulent und besorgniserregend sind dennoch die Entwicklungen am Rande der EU, insbesondere in Ungarn und Polen, vor allem aber in der Ukraine und in Belarus. Bis anhin hat



sich die EU dazu weder dezidiert noch besonders geschickt verhalten. Obwohl wir davon ausgehen, dass alle diese Konfliktlagen eingedämmt werden können, lässt sich nicht ausschliessen, dass die EU-Mitgliedstaaten weiter auseinanderstreben und sich schliesslich ein Zerfall der EU einstellt. Erst mit einem neuen Anlauf könnte dann ein föderales Europa entstehen, in dem die Nationalstaaten zugunsten einer Aufwertung der Regionen in einer föderalen Struktur aufgehoben würden.

## Der Euro

Der Euro besetzt trotz gewisser Erfolge als globale Währung ein zentrales Problemfeld der EU: Eine vernünftige Währungspolitik ist ohne europäische Finanzpolitik und ohne Finanzausgleich kaum möglich. Gestritten wird zudem über die Rolle der Europäischen Zentralbank, also über die Funktionen und Aufgaben, die sie zu übernehmen hat. Und klar ist überdies, dass es an einem relevanten europäischen Budget fehlt. Neue Bestrebungen in diese Richtung sind also ebenfalls dringend nötig.

Der Euro ohne europäische Staatlichkeit und ohne Finanzausgleich erzwingt nationale Anpassungen mittels Lohnsenkungen zur Verbesserung der Konkurrenzsituation oder zur Sanierung der Staatsfinanzen. Eine europaweite Währung verlangt europäische Staatlichkeit. Die Einheitswährung liesse sich mit regionalen Währungen ergänzen. Abzulehnen gilt es hingegen die Privatisierung des Geldes. Nur mit einer neuen Integration wirtschaftlicher Beziehungen, einer neuen Souveränität mit Möglichkeiten der europaweiten Intervention auf der Basis von wahrhaft demokratischen Entscheidungsprozessen, die von maximaler Inklusion geprägt sind, könnte der gesellschaftliche Zusammenhalt auf ein höheres Niveau gehoben werden.

## Probleme und Chancen einer Krise

Krisenzeiten bringen neue Vorschläge, aber auch Irrwege. In Anlehnung an Gramsci lässt sich hinzufügen, dass das Alte abstirbt, einiges bleibt, das Neue noch nicht sichtbar ist, aber gegen Widerstände durchgesetzt werden muss. Soziale Bewegungen gewinnen an Stärke, die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen intensivieren sich, doch Homogenisierungen sind nur in Ansätzen wahrnehmbar. Mit den verschiedenen Wahlen haben sich wohl einige Klärungen ergeben. Anzuerkennen ist die grosse Vielfalt in Europa. Wegen des Brexits ist die Position der EU geopolitisch beeinträchtigt; in welchem Ausmass, wird davon abhängen, wie die Beziehungen mit Grossbritannien oder seinen Teilen geregelt sind und wie erfolgreich die EU die Corona- und Wirtschaftskrise bewältigt.





Viele weitere Probleme harren einer Lösung. Auf dem Papier sind verschiedene Vorschläge präsentiert worden, doch schien es bis zum Ausbruch der Pandemie höchst unwahrscheinlich, dass zügige Umsetzungen erfolgen könnten. Daher überwog die Ansicht, die Phase des langwierigen Durchwurstelns würde weitergehen. Unter dem Druck der gewaltigen sanitären, sozialen und ökonomischen Krise hat sich zumindest aktuell einiges verändert, sodass sich neue Möglichkeiten eröffnen.

## Das Verhältnis der Schweiz zur EU

Die Beziehungen der Schweiz zu Europa lassen sich in vielerlei Hinsicht beschreiben. Offensichtlich ist, dass seit dem 6. Dezember 1992, als der Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum knapp abgelehnt wurde, und mit dem Aufstieg der SVP ein europäischer Alleingang im Vordergrund steht. Gesetzt wird auf bilaterale Verträge, doch die Schweizer Verhandlungsstrategie war eher mangelhaft. Mit der ebenfalls knappen Annahme der Masseneinwanderungsinitiative im Jahr 2014 erlebte dieser bilaterale Weg einen schmerzhaften Rückschlag. Die Verhandlungen über das Rahmenabkommen blieben stark umstritten und damit blockiert.

Mit der Zuwanderungsinitiative wollte die SVP weitere Einschränkungen erreichen. Diese Initiative wurde von den Stimmberechtigten in der Schweiz am 27. September 2020 klar abgelehnt, womit die SVP eine krachende Niederlage in ihrem prioritären Politikfeld erlebte. Ein Ja hätte zur Folge gehabt, dass der Bundesrat das Abkommen über die Personenfreizügigkeit einseitig und innerhalb eines Jahres hätte kündigen müssen. Konsequenterweise wären dann alle sieben Abkommen der Bilateralen I weggefallen. Mit ihrem Abstimmungsverhalten haben sich die Schweizer Stimmberechtigten angesichts von erstarkendem Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit klar für die Personenfreizügigkeit ausgesprochen.

Der aktuell vorliegende Entwurf für ein Rahmenabkommen ist mit verschiedenen Problemen behaftet und wird noch einige Auseinandersetzungen zur Folge haben. Griffige flankierende Massnahmen sind unabdingbar, und der Lohnschutz gemäss dem Grundsatz ›Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort‹ wird von den europäischen Gewerkschaften geteilt. Es wird kein optimales Rahmenabkommen geben, doch müsste das Verhältnis der Schweiz zur EU relativ schnell auf eine einigermaßen solide Grundlage gestellt werden. Einige grössere Hürden werden zu überwinden sein, und personelle Umbesetzungen bringen hier hoffentlich eine neue Dynamik. Die Schweizer Löhne müssen prioritär abgesichert werden.



Der Beitritt der Schweiz zur EU scheint dagegen für längere Zeit ausgeschlossen. Dabei stellt sich die Frage, wofür die EU steht. Nachdem erst mit dem Vertrag von Lissabon, per 1. Dezember 2009 in Kraft getreten, eine eigene Rechtspersönlichkeit entstanden ist, kann gut zehn Jahre später kaum von einem progressiven Modell gesprochen werden. Von daher ist die Attraktivität der Europäischen Union für breite Bevölkerungskreise in der Schweiz nicht gegeben. Neoliberale und neokonservative Kräfte setzen auf das Abseitsstehen und vertrauen auf die Vorteile des Rosinenpickens. In der Linken trifft man auf eine ambivalente Haltung, auch wenn allenfalls eine Mehrheit für den EU-Beitritt wäre. Doch diese Mehrheit ist keineswegs gesichert, sondern hängt vornehmlich von konjunkturellen Faktoren mit wahrnehmbaren Fortschritten in der EU und einer erfolgreichen Bewältigung der drängenden Probleme ab. Eine progressive Entwicklung der Union könnte hier einiges bewegen, doch in der Schweiz verändern sich die politischen Konstellationen bekanntlich nur sehr langsam.

### **Für eine emanzipatorische, soziale und ökologische Transformation**

Wir gehen davon aus, dass ein anderes, besseres Europa möglich ist. Auch die Autor\*innen dieses Jahrbuches stützen diese Perspektive. Doch vieles bleibt eine Vision, die erst in den kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit Inhalt gefüllt werden kann. Unabdingbar ist für eine linke Position, dass Europa sozialer, ökologischer, feministischer und gerechter sein muss. Dass das Gegenteil eintritt, ist aber ebenfalls möglich: ein Rückfall in den nationalistisch geprägten Autoritarismus, permanente Konflikteskalation und massive Repression bis hin zu neuen Formen des Faschismus. Damit wäre die mäandrierende, jedoch aufs Ganze gesehen progressive Entwicklung seit der französischen Revolution auch im laufenden Jahrhundert wieder infrage gestellt, nachdem sie im 20. während zwei in Europa ausgebrochenen Weltkriegen zusammengebrochen war. Ob und wann sich in Europa nach solchen eventuellen Rückschritten wieder Zukunftshoffnungen entwickeln würden, lässt sich nicht prophezeien. Eine Regression muss daher unbedingt verhindert werden, was höchstwahrscheinlich nur durch eine Transformation mit emanzipatorischen Zielsetzungen längerfristig gesichert werden kann. Orban und Duda, Salvini und Le Pen stehen bereit für die konservativ-autoritäre Wende, während die EU gegen autoritäre oder neofaschistische Regierungen in Mitgliedstaaten wenig unternimmt, ihnen trotz ihrer Angriffe auf die Demokratie zur Seite steht und damit einen partiellen autoritären Umschwung toleriert.



Eine emanzipatorische, sozial-ökologische Transformation mit einer umfassenden Demokratisierung, anderen Eigentumsverhältnissen, mehr Gleichheit, feministischer Orientierung und ökologischer Nachhaltigkeit, ohne Diskriminierung und Rassismus, kann nur erreicht werden, wenn es der Linken endlich gelingt, die aktuellen Kräfteverhältnisse zu verändern, über den nationalen Tellerrand hinauszublicken und wieder zu einer internationalistischen Positionierung zu gelangen. Die Crux ist mithin gross, und die Linke scheint nach wie vor in provinziellen Positionen zu verharren. Allerdings sind die Klimabewegung und Frauenbewegung transnational angelegt und verfügen über genügend Energie, um die progressiven Kräfte europaweit in die Offensive zu bringen. Ebenfalls gefordert sind die Gewerkschaften und linken Parteien, die ihre europäische Ausrichtung stark ausbauen sollten. Zudem müsste die patriarchale Dominanz der Männer mit weiterhin nur einigen wenigen Frauen in entscheidenden Positionen zurückgedrängt werden. Für die neuen feministischen Generationen gilt es daher, erst noch eine effektive politische Gleichstellung zu erreichen. Auf der ökonomischen Ebene sind ebenfalls massive Verbesserungen notwendig, bis die Diskriminierung bei den Löhnen und die geschlechtergerechte Verteilung von unbezahlter Arbeit durchgesetzt sind. Zu hoffen ist auf eine neue Politisierung der Jugend, die mit dem Schwerpunkt ›Climate Justice‹ mehr als ein Ausrufezeichen gesetzt hat.

### **Pour terminer**

Die Covid-19-Pandemie bildet eine sichtbare Zäsur, die nicht einfach zudeckt werden kann, denn zu viele Problemlagen sind damit verweben. Europa steht effektiv vor einer Wegscheide, Reformen sind unbedingbar. Fraglich ist, wie weit sie reichen werden und sollen. Keine effektiven Reformen umzusetzen und alles beim Alten zu lassen, erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Regression und eines Zerfalls der Europäischen Union. Vieles ist also möglich, nötig ist indessen eine ökologische und emanzipatorische Transformation. Hier ist die Linke gefordert, die ihre nationale Ausrichtung überwinden muss. Einige Ansätze sind durchaus sichtbar, das Potenzial für Veränderungen in breiten Bevölkerungskreisen vorhanden, und daher könnten sich neue Chancen eröffnen. Historische Herausforderungen mit grosser Tragweite stehen an, hoffen wir, dass diese endlich mit Elan und Bravour bewältigt werden. Sorgen wir dafür, dass das Neue zum Durchbruch kommt!

Le nouveau doit s'imposer!

Change and Justice!